

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

THOMAS R. HENSCHEL

Die sinkende Akzeptanz der europäischen Integration erfordert auf der Ebene der europäischen Parteien und Parteienbündnisse eine effektivere Vertretung der Interessen der Bürger Europas. Zwei Ziele stehen dabei im Zentrum der Arbeit der europäischen Parteien und Parteienbündnisse: erstens, mehr Verantwortung für die Meinungsbildung der Bürger übernehmen zu wollen; zweitens, bei der Schaffung einer größeren Transparenz in den Entscheidungsstrukturen und beim Abbau des demokratischen Defizits der Gemeinschaft aktiv mitzuwirken. Allerdings beschränkten sich die drei europäischen Parteien und Parteienbündnisse in ihrer Argumentation zur Unterstützung des Integrationsprozesses auf die schlichte Behauptung, daß es zu dem mit dem Vertrag von Maastricht eingeschlagenen Weg keine vernünftige Alternative gibt. In dieser bewußten Beschränkung drückt sich das Bemühen der politisch Verantwortlichen aus, durch eine öffentliche Diskussion den schwierigen Ratifizierungsprozeß nicht weiter unnötig komplizieren und damit verzögern zu wollen. Das klare Votum der Dänen für den Vertrag, das von allen Parteien mit Erleichterung begrüßt worden ist, macht somit jetzt auch den Weg für eine öffentliche Diskussion über den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses frei¹.

Sowohl die Europäische Volkspartei (EVP) als auch die bisher im Bund der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zusammengefaßten Organisationen reagieren auf die gestiegenen Anforderungen mit einer inhaltlichen Neubestimmung ihrer Grundsatzpositionen und programmatischen Zielvorstellungen. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas haben darüber hinaus ihre Arbeit auf eine völlig neue organisatorische Grundlage gestellt. Dem Beispiel der Europäischen Volkspartei folgend, haben sie sich zu einer neuen europäischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), zusammengeschlossen. Auch wenn die Europäischen Liberalen und Demokraten (ELDR) zur Zeit noch das lose Parteienbündnis beibehalten, setzt sich damit auf europäischer Ebene der Trend zu großen Parteiblöcken, anstelle von losen Parteienzusammenschlüssen, weiter fort. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die Verfolgung von ethnischen Gruppen wird von allen Parteien gleichermaßen scharf verurteilt. Ebenso einheitlich wird die UN-Hilfsaktion in Somalia unterstützt.

Die Sozialdemokratische Partei Europas

Auf ihrem Gründungskongreß in Den Haag am 9. und 10. November 1992 haben sich die im Bund bislang zusammengeschlossenen sozialdemokratischen und

sozialistischen Parteien Europas zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zusammengeschlossen². Zum Präsidenten der SPE wurde der stellvertretende Premierminister und Außenminister Belgiens, Willy Claes, gewählt.

Zu den Hauptzielen der neuen europäischen Partei gehört die Schaffung eines gemeinsamen Wahlprogrammes und einer gemeinsamen Wahlplattform für die Europawahlen 1994³. Um dies erreichen zu können, sollen die sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen in der Europäischen Gemeinschaft und Europa gestärkt, das Zusammenspiel zwischen den nationalen Parteien, den nationalen Fraktionen und der SPE entwickelt und gemeinsame politische Maßnahmen für die Gemeinschaft bestimmt werden.

Die wirtschaftliche Stagnation und Rezession wurde von der SPE sehr viel früher und stärker thematisiert als dies bei der EVP und der ELDR der Fall ist. Die SPE fordert eine konzentrierte und koordinierte Wirtschaftsförderung auf Gemeinschaftsebene durch industriepolitische Maßnahmen der Gemeinschaft. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse oberste Priorität erhalten. Daher unterstützt sie die vom Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, als auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund erhobene Forderung nach einer koordinierten Wachstumsstrategie⁴. Der Vertrag von Maastricht findet weiterhin die volle Unterstützung der SPE. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wird allerdings abgelehnt, da es die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten untergraben würde. Im sozialen Bereich wird der Maastrichter Vertrag von der SPE nur als Fundament betrachtet. Als erster darauf aufbauender Schritt wird die Umsetzung der in Straßburg bereits 1990 beschlossenen Europäischen Sozialcharta gefordert. Binnenmarkt und Währungsunion werden als eigenständige Organisationsformen ohne die ergänzenden Maßnahmen in anderen Politikbereichen als ungeeignet angesehen, um den angestrebten Wohlstand und die Verbesserung des Lebensstandards in der Gemeinschaft zu erreichen. Ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und mehr betriebliche Mitbestimmung hätte der Binnenmarkt, so die SPE, "fatale Mängel".

Widmet sich die neue Partei der sozialen Dimension der europäischen Politik ausführlich, so sind ihre Äußerungen und Ausführungen zur Demokratisierung der Gemeinschaft eigentümlich knapp ausgefallen. Hier ziehen sich die Sozialdemokraten auf den Vertrag von Maastricht zurück, der der Gemeinschaft und der Europäischen Union den Weg aufzeige, der weiter beschritten werden müsse. Einzig ein Mitentscheidungsrecht des EP bei Mehrheitsentscheidungen im Rat wird explizit gefordert. Hier ist eine deutliche Diskrepanz zwischen der Haltung der Fraktion, die sehr viel weitergehende Forderungen aufstellt, und der neuen Partei erkennbar. Allerdings forderte die SPE in Edinburgh, "daß das Handeln der Gemeinschaft nachvollziehbarer werden und sich stärker der Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger Europas annehmen muß"⁵.

Als Allheilmittel gegen die demokratischen Lücken in Europa ist im letzten Jahr das Subsidiaritätsprinzip entdeckt worden. Auch die in Edinburgh vorgenommene Konkretisierung wird nichts daran ändern, daß jedes Land diesen Begriff nach seinem Interesse und Verständnis interpretiert. Die SPE unterstützt daher

dieses Prinzip nur noch, wenn dadurch die Weiterentwicklung der Gemeinschaft nicht blockiert wird. Einen wesentlichen Vorstoß hat die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament im Bereich des Umweltschutzes Mitte März 1993 vorgenommen. In ihrem Weißbuch "Umweltaktionsprogramm für die nächste Generation" fordern die Sozialisten im Europäischen Parlament die Formulierung eines neuen Reduktionszieles für CO₂-Emissionen um 20% des Niveaus von 1990 bis zum Jahr 2005. Generell fordert das Weißbuch die Einführung einer allgemeinen Umwelthaftung der Industrie⁶.

Ist die SPE aber mehr als nur ein neuer Name? Auch die neue Partei wird daran zu messen sein, ob es ihr gelingt, nicht nur den Zusammenhalt der in ihr zusammengefaßten nationalen Parteien und Fraktionen zu organisieren, sondern als Partei die europäische Agenda zu bestimmen und damit zu einer wirklichen Interessenvertretung der europäischen Bürger zu werden⁷.

Die Europäische Volkspartei

Der neue europa- und weltpolitische Kontext, die geplante Öffnung der Partei gegenüber den konservativen Parteien Großbritanniens und Skandinaviens und der Übergang von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union machten eine Neuformulierung der Positionen der Europäischen Volkspartei (EVP) notwendig⁸. Auf ihrem Parteikongreß vom 11. bis 13. November 1992 in Athen hat sie daher ihr neues, für alle Mitgliedsparteien bindendes Parteiprogramm diskutiert und die ersten beiden der insgesamt vier Artikel verabschiedet⁹. Darüber hinaus wurden bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1993 – bei der der gesamte Vorstand unter dem Präsidenten Wilfried Martens bestätigt wurde – zehn statt bislang sechs Vizepräsidenten gewählt. Die Vergrößerung des Präsidiums war durch die Aufnahme von neuen Mitgliedsparteien in den letzten drei Jahren notwendig geworden¹⁰.

In ihrem neuen Parteiprogramm formuliert die EVP im ersten Kapitel ihr allgemeines Menschen- und Weltbild sowie grundlegende politische, gesellschaftliche und ökonomische Grundvorstellungen an denen sich die Politik der Partei orientieren soll. Das zweite Kapitel widmet sich der Europäischen Union. Es wird eine föderale und demokratische zukünftige Unionsverfassung entworfen.

Kernpunkt ihrer Forderungen ist der "entschiedene Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer echten Politischen Union mit föderalem Charakter"¹¹. Das Subsidiaritätsprinzip findet Eingang in das Grundsatzprogramm der EVP, ohne daß dessen problematischer Charakter reflektiert wird¹². Diese Betonung des Föderalismus in dem neuen Programm wird die Kluft zu den Briten, die bislang nur Mitglieder in der Fraktion, nicht aber in der Partei sind, eher noch vergrößern. Auch das anvisierte Tempo, schon 1996 eine europäische Verfassung für die Europäische Union durch die dann einzuberufende Regierungskonferenz ausarbeiten zu lassen, dürfte im Vereinigten Königreich eher auf Zurückhaltung stoßen¹³. Die Mitgliedschaft der britischen Konservativen ist somit zunächst einmal auf die lange Bank geschoben worden.

In ihrer Athener Erklärung hält die EVP der zunehmenden Kritik am Vertrag von Maastricht entgegen, "daß das Abkommen eine geeignete und tragfähige Grundlage für die weitere europäische Einigung und ein Fortschritt auf dem Weg zu einem demokratischen und bürgernahen Europa sei"¹⁴. Um den Vertrag schnell durchsetzen zu können, wird in der EVP – im Gegensatz zur SPE und zur ELDR – auch über ein Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten nachgedacht¹⁵.

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Politischen Union, die bereits bald um die Länder Skandinaviens und längerfristig um diejenigen Mittel- und Osteuropas erweitert werden wird, stellt die EVP vor die Frage, ob sie bereit und fähig ist, sich für Partner aus diesen Ländern zu öffnen, die zwar in den wesentlichen Fragen mit ihr übereinstimmen, jedoch eine andere Tradition haben. Insbesondere die Aufnahme skandinavischer Konservativer konfrontiert die EVP mit spezifischen Problemen. Die Rolle der bürgerlichen Konsens- und Volksparteien, die in den Ländern Kontinentaleuropas von den christlich-demokratischen Parteien wahrgenommen wird, spielen in Skandinavien eher die konservativen Parteien. Die christlich-demokratischen Parteien Skandinaviens dagegen sind sehr viel jünger und ihrem Wachstum sind enge Grenzen gesetzt. Die EVP muß als europäische Partei in allen Mitgliedsländern präsent sein, auch in den Ländern in denen aus historischen und kulturellen Gründen christlich-demokratische Parteien nicht entstanden sind, oder sich nicht zu großen Volksparteien entwickeln konnten. Hier liegt, so Thomas Jansen, Generalsekretär der EVP, ein objektives Interesse der EVP an einer Einbeziehung sowohl der britischen als auch der skandinavischen Konservativen¹⁶.

Die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) steht vor ähnlichen Problemen. Als gesamteuropäische Organisation, die alle Angehörigen der christlich-demokratischen Parteien in Europa zusammenfaßt, sieht sie sich mit einer Vielzahl von Aufnahmeanträgen von neuen Parteien insbesondere aus Mittel- und Osteuropa konfrontiert. Insofern markierte der XXIV. Kongreß der Europäischen Union Christlicher Demokraten vom 21. bis 23. Juni 1992 deutlich eine Zäsur. Mittlerweile arbeiten 28 Parteien als Mitglieder und weitere elf Parteien als Beobachter in der EUCD zusammen. Zum ersten Mal fand ein Kongreß der EUCD in Warschau statt und zum ersten Mal konnten alle christlich-demokratischen Parteien Europas daran teilnehmen. Nachdem die EUCD jahrzehntelang gezwungenermaßen eine rein westeuropäische Angelegenheit geblieben war, ist sie nun tatsächlich eine gesamteuropäische Organisation geworden.

Die Europäischen Liberalen und Demokraten

Die Liberalen haben sich bislang noch nicht zu einer wirklichen europäischen Partei zusammengeschlossen, sondern bevorzugen das eher lose Parteienbündnis der Europäischen Liberalen und Demokraten (ELDR). Daß die Liberalen in Europa bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen auf andere Problemlagen stoßen als EVP und SPE, zeigte der Kongreß der Liberalen vom 3. bis 4. November 1992 in Prag. Unter dem Titel "Das neue Europa – Die Ungewißheit bewältigen" diskutierten die in der ELDR zusammengeschlossenen liberalen, demokrati-

schen und reformerischen Parteien die brennenden Probleme der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erneuerung der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Ein Hauptthema der Beratungen in eigener Sache widmete sich den "Wurzeln des Liberalismus". Dabei wurde den Delegierten deutlich, daß diese Wurzeln des Liberalismus nach 40 bis 60 Jahren totalitärer politischer Herrschaft nur sehr schwer aufzuspüren sind. Dies erschwert die Arbeit der ELDR in den Reformstaaten. Die Liberalen mußten einsehen, daß sich ihre Hoffnung auf einen Aufschwung des Liberalismus in Mittel- und Osteuropa nicht erfüllt hat. Die zunächst euphorisch begrüßte Revolution konfrontierte die Menschen mit einer Welt, die dem Einzelnen Angst vor zunehmender Ungewißheit einflößt. "Pluralismus und Freiheit werden noch nicht als wesentliche Bestandteile der Demokratie, sondern vielmehr als Desintegration verstanden und wahrgenommen"¹⁷.

SPE und ELDR sind gegen ein "Europa à la carte". Der Vertrag von Maastricht muß, so fordern auch die Liberalen, zügig und ohne Neuverhandlungen ratifiziert werden. Ähnlich kritisch wie von den Sozialdemokraten wird das Subsidiaritätsprinzip von den Liberalen eingeschätzt. Keinen Unterschied zu den anderen Parteien gibt es bei der Unterstützung für die Erweiterung der Gemeinschaft. Auch die ELDR fordert, daß die institutionelle Vertiefung der Erweiterung voranzugehen hat.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten können sich die Liberalen einen Weg aus der derzeitigen Wirtschaftskrise der Gemeinschaft nur über den freien und fairen Handel vorstellen. Wirtschafts- und industriepolitische Maßnahmen, wie sie die SPE unterstützt, werden von den Liberalen erwartungsgemäß abgelehnt¹⁸.

Bilanz

Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas und die programmatischen Neubestimmungen der SPE und der EVP, zeigen zum einen die gestiegene Bedeutung der europäischen Parteien und Parteienbündnisse innerhalb der europäischen Gemeinschaft, zum anderen spiegeln sie die Notwendigkeit wider, die Interessen der Bürger Europas mittels einer effizienten Vertretung angemessener zum Ausdruck zu bringen.

Um aber als wirkliche politische Partei auf der europäischen Ebene agieren zu können, müßte die Europäische Gemeinschaft über tatsächliche Institutionen wie Regierung, Opposition, Parlament und Judikative verfügen. Da dies nicht der Fall ist, bleibt die Rolle und Funktion der europäischen Parteien und Parteienbündnisse weiterhin merkwürdig unbestimmt. Daran hat auch die Anerkennung der europäischen Parteien im Vertrag von Maastricht nichts geändert. Am deutlichsten ist noch ihre Funktion erkennbar, den europäischen Einigungsprozeß voranzubringen und Möglichkeiten für die Identifikation der Bürger mit Europa zu bieten, um so letztendlich mitzuhelfen, die Strukturen zu schaffen, die für das politische Agieren europäischer Parteien eigentlich Voraussetzung sind.

Die 1994 anstehende Europawahl wird diesen Prozeß noch beschleunigen. Gelingt es den europäischen Parteien und Parteienbündnissen, sich als effektive Interessenvertretung der Bürger Europas zu präsentieren und deren Bedenken

und Befürchtungen in ihre Politik miteinfließen zu lassen, so werden nicht nur sie, sondern auch der europäische Einigungsprozeß insgesamt davon profitieren.

Anmerkungen

- 1 SPE: Cot, Jean-Pierre: "Nous allons maintenant pouvoir agir", Brüssel, 18. 5. 1993; ELDR: De Clercq, Willy: Danes give clear political signal – Community back on track, Brüssel, 19. 5. 1993.
- 2 Als neues Mitglied wurde die italienische PDS aufgenommen. Bereits der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und der Beitritt zur SPE gewähren das volle Stimmrecht. Daher sind die sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Österreichs und Finnlands schon jetzt Vollmitglieder der SPE.
- 3 Statuten der Sozialdemokratischen Partei Europas, aufgenommen beim Ersten Parteikongress, Den Haag 9./10. 11. 1992.
- 4 Der dänische sozialdemokratische Abgeordnete Jensens betont, daß nicht zuletzt die Hoffnungen auf den wirtschaftspolitischen Beitrag der Gemeinschaft zur Bewältigung der Beschäftigungskrise die Zustimmung zum Maastrichter Vertrag in Dänemark erleichtert habe; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 5. 1993.
- 5 Den Haager Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Europas, 9./10. 11. 1992; vgl. auch: Erklärung der Parteivorsitzenden von Edinburgh, 9.–10. 12. 1992.
- 6 Weißbuch der Fraktion der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien Europas im Europäischen Parlament, vgl. dazu VWD-Europa, 16. 3. 1993.
- 7 Vgl. Claes, Willy, Stockholm, 14. 12. 1993.
- 8 Vgl. Jansen, Thomas: Bericht des Generalsekretärs der EUCD und EVP, Brüssel, 14. 1. 1993, S. 7.
- 9 Dem Kongreß in Athen lag ein Entwurf vor, der seit Herbst 1991 in der Grundsatzkommission unter dem Vorsitz des Präsidenten der EVP, Wilfried Martens, entwickelt worden war. Die beiden restlichen Kapitel konnten in Athen angesichts der knappen Zeit nicht mehr behandelt werden.
- 10 Jansen, Thomas: Europäische Volkspartei erneuert Präsidium. Vorstand bestätigt Kurs und Aktion von Wilfried Martens, in: Europa im Blickfeld 6 (1993).
- 11 Grundsatzprogramm der Europäischen Volkspartei, verabschiedet vom IX. Kongreß der EVP, Athen, 11.–13. 11. 1992, Art. 101; vgl. auch Art. 203, 205, 210.
- 12 Ebd., Art. 206 und 207.
- 13 Ebd., Art. 211 und 218.
- 14 Athener Erklärung der EVP, November 1992.
- 15 Der Fraktionsvorsitzende der EVP, der Belgier Leo Tindemans, hatte noch vor dem nunmehr positiven Votum der Dänen zum Vertrag von Maastricht Vorstellungen über verschiedene mögliche Konstellationen formuliert.
- 16 Vgl. Jansen, Thomas, a. a. O.
- 17 So Miklos Tamas, Präsident der ungarischen Allianz der Freien Demokraten auf der Konferenz in Prag am 4. 11. 1992.
- 18 Vgl. The European Community before the European Council in Edinburgh, Brüssel, 7. 12. 1992.

Weiterführende Literatur

- Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild (Hrsg.): Europapolitik der Parteien: Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas. Demokratie, Ökologie, Föderalismus, Bd. 8, Frankfurt/M. 1991.
- Claes, Willy: The Party of European Socialists: So, what's in a name?, Brüssel 1992.
- Jansen, Thomas: Memorandum: Die Entwicklung der Parteienlandschaft in Europa: Konsequenzen und Strategien für EVP und EUCD, Brüssel 1992.
- Jansen, Thomas: EVP: Partei oder Parteienföderation?, in: Europa im Blickfeld 4 (1993); Bonn 1993.